



Foto: akg-images

Abb. 1: Westbindung: Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland entstand in den Westzonen der erste deutsche Teilstaat nach der NS-Diktatur. Verkündung des Grundgesetzes in der Schlussitzung des Parlamentarischen Rates in Bonn am 23. Mai 1949.

Edgar Wolfrum

Doppelte Staatsgründung – doppelte Geschichte?

Deutschland 1949–1989

Erst vor vier Jahren war das „Dritte Reich“ von den Alliierten zerschmettert worden. Deutschland war besiegt, wurde besetzt und geteilt. Doch worin lagen die Ursachen der Spaltung der Nation? Während die Bundesrepublik 1949 mit schlechtem Gewissen gegründet wurde, sahen die ostdeutschen Kommunisten mit der DDR-Staatsgründung einen Traum in Erfüllung gehen. Für viele Europäer erschien die Teilung eine gute Lösung der deutschen Frage, weil sie die Größe und Gefährlichkeit Deutschlands verkleinerte. Während die Westdeutschen von der Teilung profitierten, bürdete sie den Menschen in Ostdeutschland eine große Last auf.

Eine neue Diktatur

„Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt“, lautete die erste Zeile der DDR-Nationalhymne. Auf den Trümmern des nationalsozialistischen Staates sollte ein neues Deutschland entstehen, und zwar mit dem Anspruch, Vorbild zu sein für ein dereinst wiedervereinigtes sozialistisches Gesamtdeutschland. Josef Stalin, der sowjetische Diktator, bezeichnete die Gründung der DDR im Oktober 1949 in seinem Glückwunschtelegramm an seine ostdeutschen Genossen, als einen „Wendepunkt in der Geschichte Europas“. Allerdings ist man sich bis

heute nicht ganz sicher, ob die DDR nicht vielmehr *Stalins* „ungeliebtes Kind“ war – in dem Sinne, dass sie für ihn nur die zweitbeste Lösung darstellte und er viel lieber Einfluss in einem Gesamtdeutschland gehabt hätte. Wie auch immer: Laut dem Gründungsmythos der DDR hatten deutsche Antifaschisten an der Seite der Sowjetunion die Hitler-Diktatur besiegt und dann das neue, friedliche Deutschland aufgebaut. Die Entnazifizierung galt als Grundpfeiler der „antifaschistisch-demokratischen“ Umwälzung zwischen 1945 und 1949. Hier sei, so behauptete die SED, die Basis für den Übergang vom Kapitalismus

zum Sozialismus gelegt worden. Man rechnete nicht nur mit den Trägern des NS-Regimes ab, sondern nutzte die Gelegenheit dazu, das neue System in Richtung auf eine kommunistische Parteiherrschaft zu verändern.

Es müsse alles demokratisch aussehen, so *Walter Ulbricht*, aber man dürfe die Macht nie mehr aus den eigenen Händen geben. Die ins Leben gerufene „Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden“ sollte eine breite soziale Bewegung vortäuschen, ebenso wie der im März 1948 gegründete „Volksrat“ der aus 400 Mitgliedern bestand. Was 1918/19 nicht glückte, wollten die deutschen Kommunisten in jedem Fall erreichen: Die Gründung eines eigenen Staates.

„Kernstaat“ Bundesrepublik

In den westlichen Besatzungszonen hatten die Deutschen hingegen erhebliche Skrupel, einen Teilstaat aus der Taufe zu heben. Im Anschluss an die Londoner Sechsmächtekonferenz vom Frühjahr 1948 übergaben die drei westlichen Militärgouverneure den Ministerpräsidenten der deutschen Länder die „Frankfurter Dokumente“. Darin wurden die Westdeutschen aufgefordert, einen Staat zu gründen, und deshalb sind diese Dokumente die „Geburtsurkunde“ der Bundesrepublik Deutschland. Aus einem Teil Deutschlands einen Staat zu gründen? Eine Nationalversammlung einzuberufen? Verbaute dies nicht die Chance für eine Wiedervereinigung des zerrissenen Landes?

Bei den Westdeutschen herrschten die größten Bedenken, deshalb gaben sie der Verfassungsgebenden Versammlung den Namen „Parlamentarischer Rat“, und die Abgeordneten, die aus den 1946/47 gewählten Landtagen entsprechend der dortigen Mandatsverteilung von den jeweiligen Ministerpräsidenten benannt wurden, sollten bloß ein Organisationsstatut, ein „Grundgesetz“ (GG) erarbeiten. Sowohl die seltsame Namensgebung als auch das ungewöhnliche Verfahren wies auf den vorläufigen Charakter hin – kaum jemand glaubte,



Foto: akg-images

Abb. 2: Reaktion: Mit den Wahlen zum Dritten Deutschen Volkskongress (nach Einheitsliste) in der sowjetischen Besatzungszone am 15./16. Mai 1949 sollte während der bevorstehenden Gründung der Bundesrepublik die Bildung eines ostdeutschen Teilstaates eingeleitet werden. FDJ-Aktivist*innen rufen zur Stimmabgabe auf, Ost-Berlin, Mai 1949.



Foto: akg-images

Abb. 3: Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949. Der Nationalrat proklamiert sich zur provisorischen Volkskammer; die Verfassung der DDR tritt in Kraft.

dass die Teilung Deutschlands lange und schon gar nicht, dass sie mehr als vierzig Jahre dauern sollte. Man war sich einig, lediglich ein „Provisorium“ für eine „Übergangszeit“ zu bilden. Doch der Prozess erhielt dann seine eigene Dynamik, und am Ende stand nicht nur ein Rahmen für die freieste Demokratie, die jemals in Deutschland existierte,

sondern tatsächlich eine veritable Verfassung, die sich bis heute sehr bewährt hat.

Dort, wo normalerweise ausgestopfte Tiere standen, im Lichthof des „Zoologischen Forschungsinstituts und Museums Alexander König“ in Bonn wurde am 1. September 1948 der Parlamentarische Rat eröffnet. Er umfasste 65 Mitglie-



Abb. 4: Spaltung: 13. August 1961: mit dem Mauerbau suchte die DDR dem Exodus ihrer Fachkräfte einen Riegel vorzuschieben. Eine dauerhafte deutsche Teilung schien nun endgültig besiegelt.

Foto: akg-images

der – 27 SPD, 19 CDU, 8 CSU, 5 FDP, jeweils 2 DP, KPD und das Zentrum. Konrad Adenauer (CDU) amtierte als Präsident des Gemiums, doch wenn einer Person der Ehrentitel „Vater des Grundgesetzes“ zusteht, dann Carlo Schmid (SPD). Auch die Rohfassung des alles regierenden Artikels 1 trug seine Handschrift: „Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen. Die Würde der menschlichen Personalität ist unantastbar. Die öffentliche Gewalt ist in allen ihren Entscheidungsformen verpflichtet, die Menschenwürde zu achten und zu schützen.“

Der Geist einer Erschlagenen, der Weimarer Republik, ging durch die Reihen des Parlamentarischen Rates. Die Parlamentarier, die Weimar erlebt und verteidigt hatten und zum Teil von den Nationalsozialisten verfolgt worden waren, leisteten beinahe einen Ballhausschwur: Das soll uns nicht noch einmal passieren. In „genialer“ Weise sind Mängel der Weimarer Verfassung zum Beispiel in Artikel 67 behoben worden. Die Abberufung einer amtierenden Regierung wird nur dann zugelassen, wenn die Bundestagsmehrheit – die Kanzlermehrheit – im Stande ist, einen Nachfolger des amtierenden Kanzlers zu wählen: Dies ist das konstruktive Misstrauensvotum – ein Glanzstück

deutschen Verfassungsrechts. Weimar war diese „konstruktive“ Regelung fremd. Kanzler konnten nach Belieben gestürzt werden, was den Parlamentarismus ruinierte. Und die Verfassungsgerichtsbarkeit ist der größte Erfolg unseres Verfassungssystems.

Die wichtigste Lehre, die das Grundgesetz aus der Weimarer Entwicklung gezogen hat, ist jedoch die Begrenzung der Verfassungsänderung nach Artikel 79 Absatz 3 des GG. Dort heißt es, dass eine Änderung dieses GG, die die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berühren, unzulässig ist. Artikel 1 legt den Schutz der Menschenwürde und die Geltung von Grundrechten fest. Artikel 20 enthält die Grundsätze der Demokratie, des sozialen Bundesstaates und des Rechtsstaates. Damit ist der Kern der Verfassung umschrieben. Und dieser Kern ist jeder legalen Änderung entzogen; die Demokratie kann nicht in eine Diktatur oder Monarchie umgewandelt werden.

Dies ist deswegen so zentral, weil in der Weimarer Zeit sowohl die Nationalsozialisten als auch die Kommunisten ihre klare Zielsetzung, mit der demokratischen Verfassung Schluss machen zu wollen, als rechtmäßig ausgeben konnten. Hitler postulierte, mit legalen Mitteln die Demokratie auszuhebeln und abzu-

schaffen zu. Nach dem überwiegenden Verständnis der Weimarer Verfassung war dies völlig legal, weil man die Demokratie mit 2/3 Mehrheit in eine Diktatur verwandeln konnte. Das so genannte Ermächtigungsgesetz ist 1933 formell mit verfassungsändernder Mehrheit verabschiedet worden.

Mütter des Grundgesetzes?

Keine Fraktion war stark genug, dem Grundgesetz einseitig den Stempel aufzudrücken. Und heikle Fragen wie die Wirtschafts- und Sozialordnung ließ man für zukünftige gesetzliche Regelungen offen. Am 8. Mai 1949, genau vier Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation, wurde das Grundgesetz verabschiedet und trat am 23. Mai in Kraft. Die Bundesrepublik war als „Kernstaat“ konzipiert, von dem eine Magnetwirkung auf den Osten Deutschlands ausgehen sollte. Und die „Mütter des Grundgesetzes“? Vier Frauen saßen im Parlamentarischen Rat: *Frederieke Nadig* (SPD), *Elisabeth Selbert* (SPD), *Helene Weber* (CDU) und *Helene Wessel* (Zentrum). An der Durchsetzung des Gleichberechtigungsartikels (Art. 3, Abs. 2) war die Notarin und Anwältin *Elisabeth Selbert* in besonderem Maße beteiligt. Doch sie hatte einen schweren Stand, denn Gleichberechtigung als Norm und Gleichberechtigung als Wirklichkeit klafften weit auseinander. In Weimar waren Frauen formal gleichberechtigt; der NS-Staat hatte Frauen aus dem beruflichen und öffentlichen Leben zurückgedrängt. Auch nach 1945 dauerte es noch ganze 45 Jahre, ehe der Artikel 3 den wichtigen Zusatz erhielt: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“.

Unbeabsichtigte Spaltung?

Wann überhaupt hatte die Spaltung Deutschlands begonnen? Einen exakten Zeitpunkt kann man nicht angeben, denn es handelte sich um einen Prozess, der über unter-

schiedlichen Stufen und Ereignisse abließ, sich dadurch beschleunigte und 1949 zur doppelten Staatsgründung von Bundesrepublik und DDR führte. Unter den Alliierten war während des Krieges umstritten, wie die Zukunft des Deutschen Reiches aussehen sollte. Würde es weiterhin einen Einheitsstaat geben oder würde das besiegte Land aufgesplittert werden? Sollte man dieses kriegszerstörte Deutschland nicht ein für alle Mal ruhig stellen und in einen „Agrarstaat“ verwandeln – so einer der radikalsten Entwürfe, der Morgenthau-Plan aus den USA? In welchen ordnungspolitischen und gesellschaftlichen Prägungen sollte Deutschland fortbestehen?

Auf der Kriegskonferenz von Jalta im Februar 1945 einigten sich die Alliierten darauf, dass Deutschland in Besatzungszonen eingeteilt werden sollte. Sofort nach dem Krieg übernahmen die vier Siegermächte die Oberste Gewalt in Deutschland und verabschiedeten auf der Potsdamer Konferenz im Juli und August 1945 gemeinsame Prinzipien. Aber verstanden auch alle das Gleiche darunter? Bedeutete etwa „Demokratisierung“ im kommunistischen Gebrauch nicht etwas völlig anderes als im liberal-kapitalistischen? Das Problem war, dass sich die Alliierten zwar verpflichteten, gemeinsam für „Deutschland als Ganzes“ verantwortlich zu sein, deshalb wurde ein „Alliiertes Kontrollrat“ in Berlin eingerichtet. Jedoch konnte jede Siegermacht in ihrer Besatzungszone die Politik bestimmen.

Da in den Westzonen und in der Ostzone unterschiedliche gesellschaftspolitische Wege eingeschlagen wurden, ging bald ein Riss durch Deutschland. In der sowjetischen Besatzungszone wurde ein kommunistisches System installiert, das mit westlichen Vorstellungen nicht mehr vereinbar war. Auf vielen Feldern schlug der Osten einen Sonderweg ein. Am frühesten zeichnete sich die Spaltung Deutschlands in den Parteien ab. Zusammen mit den ostdeutschen Kommunisten übte die sowjetische Besatzungsmacht massiven Druck auf die Sozialdemokraten aus und zwang sie im April 1946, sich mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei

Deutschlands (SED) zusammenzuschließen. Mit dieser Zwangsvereinigung hatte die SPD im Osten aufgehört zu existieren, während sie in vielen Teilen Westdeutschlands die stärkste Kraft war.

Auf internationalen Konferenzen wurde rasch klar, dass die Zweckallianz des Kriegs zerfiel und die Idee, der Westen könne Deutschland gemeinsam mit den Sowjets regieren, eine Illusion war. 1947 reagierten die Amerikaner mit dem Marshall-Plan, der Europa finanzielle Hilfs- und Wiederaufbaumittel zur Verfügung stellte, aber auch eine ideologische Speerspitze gegen den Kommunismus und die Sowjetunion darstellte. US-Präsident *Harry S. Truman* hatte zuvor von einer Zweiteilung der Welt gesprochen, und die Trennlinie verlief durch Deutschland. *Stalin* beurteilte im Kreml die Lage nicht anders. Die Sowjets gingen davon aus, dass sich die zwei Lager unversöhnlich gegenüber standen und gründeten das „Kommunistische Informationsbüro“, das für die Weltrevolution zuständig sein sollte. Nach heftigem Streit über die künftige Deutschlandpolitik der Siegermächte zog die Sowjetunion im März 1948 ihre Vertreter aus dem Alliierten Kontrollrat zurück, der infolge des Ein-

stimmigkeitsprinzips seither nicht mehr arbeitsfähig war.

So zerbrach eine wichtige gesamtdeutsche Klammer. Amerikaner und Briten schlossen ihre Besatzungszonen zur Bizone zusammen, später kam die französische Zone noch dazu (Trizone). Der Streit um eine Währungsreform führte 1948 zur Berlin-Blockade der Sowjetunion, was wiederum die Westmächte dazu veranlasste, von „ihren“ Deutschen die Gründung eines Weststaates zu fordern. In der sowjetischen Besatzungszone waren die Vorbereitungen für einen Oststaat schon seit langem angelaufen, denn die ostdeutschen Kommunisten drängten früh auf eine eigene Staatsbildung. Dass die DDR erst wenige Monate nach der Bundesrepublik offiziell aus der Taufe gehoben wurde, hatte allein strategische Gründe: So konnte dem Westen die Schuld an der deutschen Teilung in die Schuhe geschoben werden.

Feindliche Brüder

Mit der doppelten Staatsgründung von Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik 1949 begann im Zeichen des Systemkonflikts ein Wettbewerb der politischen und sozialen Ordnung.



Abb. 5: Annäherung: Mit der neuen Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt begann eine neue Ära der deutsch-deutschen Beziehungen unter der Formel „Wandel durch Annäherung“. Treffen des DDR-Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph mit Bundeskanzler Willy Brandt in Kassel am 21. Mai 1970.



Fotos: ullstein

Abb. 6a–b: Wohlstand: Durch ihre Westbindung, die Förderung durch den Marshallplan und die Integration in die EG erreichte die BRD (und West-Berlin) in den 1970er Jahren ein Wohlstandsniveau, dem die DDR spätestens seit dieser Zeit hinterherhinkte. Familieneinkauf in West-Berlin 1973; Warteschlange vor einem Geschäft in Ost-Berlin 1977.

Ein symbiotischer Antagonismus trieb die beiden Teile Deutschlands, beides Geschöpfe des Kalten Krieges, in eine ungleiche Beziehungsgeschichte. Bereits der Volksaufstand des 17. Juni 1953, zeigte in aller Schärfe, dass die Macht der SED nur auf den Bajonetten der Roten Armee begründet war und sie gegen das Volk regierte. Deshalb war allein die Bundesrepublik das zukunftssträchtige Modell.

Genau betrachtet war der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 die eigentliche Geburt der DDR – erst jetzt, gleichsam als Gefängnis, konnte sie sich stabilisieren. Bundesrepublik und DDR, Demokratie und Diktatur, standen während der 40-jährigen Teilung der Nation immer gegeneinander, besonders in den 1950er Jahren. Danach ebnete der Konflikt ein wenig ab. Aus dem verfeindeten Gegeneinander wurde ein geregelt-verfehdetes Nebeneinander und in den 1980er Jahren temporär auch ein abgeneigtes Miteinander.

Die Westdeutschen hatten 1949 unverhofftes Glück, denn die Ostdeutschen waren nicht schuldiger an Hitler, mussten jedoch durch eine zweite Diktatur gehen. Der Antifaschismus der DDR war der höchste aller moralischen Trümpfe, der auch 1989 noch stach. Nationalsozialistischer Zivilisationsbruch trieb in Westdeutschland eine Kultur der Scham hervor. Im Osten hat – wie sonst nirgends im schuldbe-

ladenen Deutschland – der Antifaschismus den Kommunisten das Gefühl gegeben, auf der richtigen Seite zu stehen. Das gute Gewissen der Anhänger ist jedoch nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist der Kommunismus als Doktrin, als ein System mit größten Verbrechen. Die eine Seite der Medaille vermag die andere nicht zu retten, beide gehören zusammen.

1949 handelte es sich nicht um einen reinen Demokratieimport, sondern um eine Mischung aus deutschen demokratischen Erfahrungen und westalliierten Prägungen. Anders als Weimar war Bonn viel Zeit zum Lernen vergönnt. So wurde die Bundesrepublik zu einer lernenden Demokratie, und diese Lernprozesse sind das Entscheidende ihres Erfolges. Eingebettet in die übersichtlichen Fronten des Kalten Krieges, der westeuropäischen Integration und der transatlantischen Partnerschaft folgte auf eine Phase der Stabilisierung seit Mitte der 1960er Jahre eine Zeit der Pluralisierung, einer „Fundamentalliberalisierung“.

Aus defensiven Demokraten wurden offensive. Man könnte auch sagen, dass es nach der adenauerisch-konservativen nun auch zu einer linksliberalen Anerkennung der Bundesrepublik kam: Aufgrund der geistigen, politischen und kulturellen Westbindung und der Lernleistungen der Deutschen galt auch ihnen die Bundesrepublik seither

als „ihre“ Republik. Alles bündelte sich in dem fast erleichterten, hoffnungsfrohen Wort des bekannten Politologen Kurt Sontheimer: „So war Deutschland nie“. Wie man es auch dreht und wendet: Niemals in der deutschen Geschichte hatte es einen Staat gegeben, der den Ansprüchen der Menschen nach Freiheit in Verbindung mit sozialer Gerechtigkeit in derart bemerkenswerter Art und Weise gerecht zu werden vermochte. Die Bundesrepublik war der wichtigste Durchbruch zur Demokratie in Deutschland.

Einheit in Freiheit

In den „friedlichen“ oder „samtenen“ Revolutionen von 1989 in Ostmitteleuropa manifestierten sich zum dritten Mal im 20. Jahrhundert die Kräfte der Befreiung und die Durchbrüche zur Demokratie. Das erste Mal war dies nach dem Ersten Weltkrieg geschehen, das zweite Mal nach 1945. Seit den 1970er Jahren hob diese dritte Welle zur Demokratie an, deren Krone 1989 erreicht war.

Das, was 1989 in der DDR stattgefunden hat, war ein dramatischer Prozess der Selbstbefreiung. Man hat ihm das Etikett von der „nachholenden Revolution“ verliehen. Nachgeholt werden sollte, was den westlichen Teil Deutschlands vom östlichen vier Jahrzehnte getrennt hat – die politisch glücklichere und



Abb. 7: Öffnung: Der Fall der Mauer läutete das Ende der Teilung ein. In der Nacht des 9. November 1989 am Brandenburger Tor.

ökonomisch erfolgreichere Entwicklung. Dieser Prozess ging einher mit der Wiederherstellung der Zivilgesellschaft, die von der SED vierzig Jahre lange verhindert worden war. Wenn sie zuvor eingefordert worden war – wie beim Volksaufstand 1953, eine weitere vergebliche Revolution in Deutschland – hatte sie die Führung erbarmungslos niederschlagen lassen. Zwangsmethoden des Regimes hatten seither eine tägliche Anpassung der Menschen an die Diktatur nötig gemacht. Nun, 1989, wurde diese Passivität eruptiv abgeschüttelt. Steht der Sturm auf die Bastille im Jahr 1789 als Chiffre für die Französische Revolution, so der Mauerfall für das Ende des Kalten Krieges. Beides hat mit dem Symbolcharakter der Architekturen zu tun: die Bastille war ein Staatsgefängnis und die Mauer bildete den Gefängnis-Charakter der DDR ab.

Mit dem Untergang des Kommunismus versank auch die globale Machtstruktur des Kalten Krieges: das bipolare internationale System. Für Deutschland brachte der Kollaps des kommunisti-

schen Blocks nach 40 Jahren Teilung die Wiedervereinigung. Und er brachte eine zusätzliche Verankerung der freiheitlichen Demokratie. Die nationalsozialistische Diktatur wirkte und wirkt bis heute als das stärkste Argument für Demokratie, Freiheit und Frieden in Deutschland nach. Dies stand an der Wiege der Bundesrepublik Deutschland 1949. In der Erinnerung nehmen die „deutsche Katastrophe“, also der verhängnisvolle Misserfolg der Demokratie, und die gerade daraus abgeleitete Verpflichtung zur Demokratie einen ähnlichen Stellenwert wie bei anderen Völkern die Erinnerung an eine erfolgreiche demokratische Revolution ein.

Mit der friedlichen Revolution von 1989 in der DDR trat zum deutschen Gedächtnis endlich ein positiver, ein glanzvoller Bezugspunkt hinzu. Deutschland ist seit 1989 nicht länger das Land der ausgebliebenen, der gescheiterten oder stecken gebliebenen Revolutionen. Es hat, dank der Ostdeutschen, seine erfolgreiche Revolution, einen auf breiter sozialer Basis beruhenden Akt der Selbstbefrei-

ung. Zum negativen Gedächtnis der alten Bundesrepublik, aus dem kontrastiv der Stolz auf demokratische Lernleistungen abgeleitet werden konnte, tritt seit 1989/90 das positive Gedächtnis hinzu. Diese Erfahrung ist auch deshalb so unendlich anders als in Weimar, da die neue Bundesrepublik keine ungelernete Demokratie mehr ist, sondern sich in Jahrzehnten zu einem verlässlichen und geachteten Partner in der Welt entwickelt hat. ●

LITERATUR

- Wolfrum, E.: Die Mauer. Geschichte einer Teilung. München 2009
- Ders.: Die 101 wichtigsten Fragen: Bundesrepublik Deutschland. München 2009
- Ders.: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 2006 (3. Auflage 2007)

Edgar Wolfrum (Jg. 1960), Dr. phil., Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der Universität Heidelberg. Studium in Freiburg i.Br. und Salamanca, Promotion 1990, Habilitation 1999. 1991–1994 Referatsleiter für Geschichte bei der Volkswagen Stiftung in Hannover, 1994–2000 Hochschulassistent an der FU Berlin. Stipendien des DAAD und der DFG, CNRS-Stipendiat in Paris, Vertretungs- und Gastprofessuren in Innsbruck und Mannheim.